

07.08.2018

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.1)

Herr Staatsrat Kock trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/1930, betreffend

Verordnung über eine Repräsentativerhebung zur Untersuchung der Auswirkungen der Mietpreisbremse auf das Verhalten der Mieterinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter in der Freien und Hansestadt Hamburg (Mietpreisbremse-Befragungsverordnung),

vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte „Verordnung über eine Repräsentativerhebung zur Untersuchung der Auswirkungen der Mietpreisbremse auf das Verhalten der Mieterinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter in der Freien und Hansestadt Hamburg (Mietpreisbremse-Befragungsverordnung)“.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann



Berichterstattung:
Senatorin Dr. Stapelfeldt
Staatsrat Kock

TOP I. 1
VO

Geschäftsstelle des Senats

Eing.: 01. AUG. 2018

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2018/01930
vom: 31.07.2018

Verordnung über eine Repräsentativerhebung zur Untersuchung der Auswirkungen der Mietpreisbremse auf das Verhalten der Mieterinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter in der Freien und Hansestadt Hamburg (Mietpreisbremse-Befragungsverordnung)

A. Zielsetzung

Ziel dieser Verordnung ist die Ermittlung von qualitativen und quantitativen Daten und Erkenntnissen zum Einfluss der Mietpreisbremse auf das Verhalten von Mietinteressenten und Mietern sowie auf das Vermietungsverhalten von Wohnungsunternehmen und Privatvermietern.

B. Lösung

Anordnung einer Landesstatistik ohne Auskunftspflicht durch Rechtsverordnung gemäß § 2 Absatz 3 Hamburgisches Statistikgesetz.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Die Kosten für die Erstellung des Gutachtens zur Evaluation der Mietpreisbremse in Höhe von rd. 156 Tsd. Euro werden im Rahmen vorhandener Ermächtigungen des Einzelplans 6.1, Aufgabenbereich 287, Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung, beglichen.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die Aufwendungen mindern im Jahr ihrer Entstehung über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Inklusion
- Bürokratieabbau
- Gleichstellung

G. Alternativen

Keine.

H. Anlage

Mietpreisbremse-Befragungsverordnung.